

Nachrichten und Informationen der Ersatzkassenverbände in Sachsen-Anhalt

Magdeburg, den 25. Januar 2007

Kontroverse in aktueller Landtagsdebatte: Gesundheitsreform löst keine Probleme und bringt keinen Nutzen für den Versicherten

Magdeburg. In der aktuellen Landtagsdebatte „Der Kompromiss zur Gesundheitsreform und seine Folgen für die Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt“ gab es wider Erwarten kein Meinungsbild geprägt von Koalition „Dafür“ und Opposition „Dagegen“.

Während die Rednerinnen von Linkspartei/PDS und FDP sich vehement und mit guten Argumenten gegen die anstehende Gesundheitsreform aussprachen, war es schon ungewöhnlich, dass auch die Sprecherin der SPD-Fraktion ähnlich wie die Opposition argumentierte und sich auf Nachfrage gegen diese Gesundheitsreform aussprach.

Die Ersatzkassenverbände appellieren vor dem Hintergrund erneut an die die Landespolitik:

„Helfen Sie mit die Notbremse zu ziehen, anstatt die Reform zum 1. April mit in Kraft treten zu lassen. Diese Reform lässt sich auch durch Verschiebung von Beschlussterminen nicht richten. Wenn die Politik jetzt nicht handelt, wird die Kostenentwicklung im Zuge der Umsetzung zeigen, dass diese Reform ineffizient ist, weil sie den Wettbewerb reduziert und die Versicherten stärker und überproportional belastet“, so Dr. Holst, Leiter der Ersatzkassenverbände in Sachsen-Anhalt am Donnerstag in Magdeburg.

**VdAK/AEV-Landesvertretung Sachsen-Anhalt,
Presse: Dr. Volker Schmeichel, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg,
Tel.: 03 91 / 5 65 16 - 14, Fax: 03 91 / 5 65 16 - 30,
E-Mail: LV-Sachsen-Anhalt@vdak-aev.de, Internet: <http://www.vdak-aev.de>**

Holst weiter: „Es ist ordnungspolitisch sinnlos, ein funktionierendes Gesundheitssystem zu zerstören, neue teure bürokratische und zentralistische Strukturen zu schaffen, um schließlich zu der Erkenntnis zu kommen, dass die bestehenden Unwirtschaftlichkeiten im Gesundheitswesen so nicht beseitigt werden.“

Es ist erfreulich, dass diese Auffassung zu greifen beginnt und man wenigstens in Teilen der SPD bereit ist, auch öffentlich unabhängig von politischen Konstellationen sachorientiert zu denken. Über den Hintergrund für den Fraktionszwang in der CDU lässt sich spekulieren.